

Minderheitenkollektiv oder Citoyen-Individuum? Die Konzepte, die sich gegenüberstehen, sind unversöhnlich

Europa am Scheideweg

Von Bassam Tibi

Jährlich kommen Millionen von Muslimen aus Nahost und Afrika nach Europa. Die EU, darunter auch Deutschland, sowie andere europäische Staaten stehen nackt da, ohne ein Politikkonzept im Sinn von Policy zu haben, um damit umzugehen. Das ist keine These, sondern die Realität. Meine Empfehlung lautet: Europa soll mit selbstbewusster Identität einen Ausweg aus diesem Dilemma finden und dabei an den Grundlagen dieser Identität festhalten.

Hierzu gehören erstens das «Laïcité»-Prinzip der Trennung zwischen Religion und Politik und zweitens das «Subjektivitäts»-Prinzip, wonach der Mensch als vernunftbegabtes Individuum, also als säkularer Citoyen, von ethnischen und religiösen Kollektiven befreit in einem Gemeinwesen agiert. Der Mensch ist Rechtssubjekt, nicht Teil eines Minderheitenkollektivs. Genau das Gegenteil davon verlangen die organisierten Islam-Verbände, nämlich erstens Bindung der Religion an die Politik sowie zweitens Einordnung der zugewanderten Muslime in Kollektive, die von Salafisten, schriftgläubigem Islam und von Islamisten dominiert werden.

Die Zukunft Europas und die Bewahrung seiner durch die Aufklärung – nicht durch das Christentum – bestimmten zivilisatorischen Identität hängen davon ab, wie europäische Politiker auf die zitierten islamischen und islamistischen Forderungen reagieren. Geben sie nach, dann ist Europa verloren. Bestehen sie dagegen auf säkular-europäischen Standards bei der Suche nach einer Lösung, dann öffnen sie eine Option für die Integration der Muslime eindeutig auf europäischer Grundlage. Dieser Text ist ein politisch-journalistischer Beitrag, keine wissenschaftliche Abhandlung. Deswegen veranschauliche ich die soeben allgemein vorgetragenen Ideen tagespolitisch an einem Beispiel aus dem grössten Land Europas: Deutschland.

Politisch frisierte Fakten

In Deutschland haben Politiker Probleme beim Umgang mit Fakten und Realitäten. So sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Wortduell mit ihrem Minister Horst Seehofer im März 2018 von vier Millionen Muslimen in Deutschland; nur eine Woche danach (nach der Regierungserklärung) stieg die Zahl bei ihr auf fünf Millionen. Was stimmt? Beides nicht. Zu Beginn der Völkerwanderungen 2015/2016 nach Deutschland lebten im Land rund fünfeinhalb Millionen Muslime. In einem Winter kam eine ganze Million dazu – ohne Angehörige. Diese haben sich durch – in die Statistik nicht aufgenommene Familienzusammenführungen – mindestens verdoppelt. Die Zahl der Muslime in Deutschland beträgt heute rund sieben Millionen. Offizielle Angaben stimmen einfach nicht, weil sie politisch frisiert sind. Wie geht Deutschland mit mehr Islam um?

Ich möchte diese Frage am Beispiel des an der Humboldt-Universität zu Berlin geplanten Instituts für islamische Theologie beantworten, ehe ich zu der übergeordneten Problematik – Muslime integrieren als Bürger-Individuen oder als religiöses Kollektiv – zurückkomme. In Deutschland treten fünf Islam-Verbände (vier sunnitische, ein schiitische) mit dem Anspruch auf, für den Islam zu sprechen, obwohl sie nach Fachleuten maximal 15 bis 20 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime repräsentieren. Alle diese Verbände werden vom Ausland gesteuert.

In einem Bericht der *Berliner Zeitung* vom 4. April 2018 unter dem Titel «Islamverbände wollen mehr Macht» steht zu lesen: «Die Türkei, aber auch Katar oder Saudi-Arabien setzen dafür viel Geld ein». Zu der Liste ist noch Iran hinzuzufügen. Die *Welt* informierte jüngst darüber, dass der schiitische Islamverband «Die Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden» keine Entscheidung ohne Fatwa aus Teheran trifft. Dies gilt auch für Sunniten und ihre Förderländer (AKP, Muslimbruderschaft und die oben angegebene



Auf der Kippe. Die Zukunft Europas hängt davon ab, wie die Politik auf islamische und islamistische Forderungen reagiert. Foto Keystone

Länder, vor allem die Türkei und Saudi-Arabien).

Der rot-rot-grüne Senat von Berlin und die Humboldt-Universität verhandeln über die Gründung des Instituts an der Humboldt-Universität ausschliesslich mit den fünf rechten sogenannten «konservativen» (sprich salafistischen, schriftgläubigen, islamistischen) Verbänden, aber mit keinem Vertreter des «liberalen Islam», weder per Verband noch als Individuen. Es geht um die Ausbildung von Religionslehrern und Imamen in Deutschland, damit keine aus dem Ausland mehr kommen. Das verbale Ziel ist Integration in eine demokratische Gesellschaft als Bürger. Aber eben das wollen diese Verbände nicht. Das hat mit Politik, nicht aber mit Religionsfreiheit zu tun.

Machen deutsche Politiker den Bock zum Gärtner, wenn sie dem türkischen Islam-Verband Ditiib, der eintausend Imame aus der Türkei holt und sie bezahlt, zum Partner bei diesem Plan bestellt? Vier sunnitische Islam-Verbände weigerten sich zunächst, den vorgesehenen Kooperationsvertrag für das genannte Institut zu unterschreiben. Warum? Islam-Funktionäre bestehen darauf, dass das demokratische Prinzip der Entscheidung per Mehrheit abgesetzt wird und diesen Islam-Verbänden eine «Sperrminorität» gewährt wird. Es soll nur das gelten, wozu diese Verbände zustimmen. Dies soll bei Lehrinhalten und auch bei der Berufung von Professoren ohne eine demokratische Legitimation der Entscheidung gelten. Ein liberaler gemässiger Islam ist unerwünscht. Basta.

Errungenschaften in Gefahr

Ditiib ist türkisch, der Zentralrat arabisch. Obwohl beide sunnitisch sind, sind sie ethnisch gespalten. Inzwischen hat der Zentralrat eingelenkt, und Ditiib steht allein – es ist aber der mächtigste Islam-Verband. Die Verbände des organisierten Islam, die für Muslime in Europa Minderheitsrechte fordern, greifen zwei der höchsten Errungenschaften Europas an. Zur kulturellen Moderne gehören Laïcité als Trennung von Religion und Politik und die Bestimmung des Menschen – jenseits von Kollektiven – als vernunftbegabtes Individuum. Beide europäischen

Errungenschaften sind heute durch islamische Zuwanderungen gefährdet. Zum Irrsinn gehört, dass nicht nur Muslime diese Ausserkraftsetzung europäischer Identität fordern, auch postmoderne Europäer tun dies. So sind Europäer – sogar die Franzosen – bereit, aus Rücksicht auf die Muslime nicht nur das Prinzip der Laïcité als Grundlage einer säkularen Gesellschaft, sondern auch die Citoyenneté als Bürger-Bestimmung des Menschen zu verwässern oder gar abzusetzen. Denn die oft von aussen (unter anderem von der Türkei, Saudi-Arabien und Iran) gesteuerten Islam-Funktionäre bestehen darauf, dass ihre Religionsgemeinde als Minderheit mit Anspruch auf spezielle durch die Zugehörigkeit zu Religion definierte Kollektivrechte anerkannt wird.

Diese Funktionäre sagen durch die Blume, dass sie ihre dramatisch wachsende Religionsgemeinde in Zukunft in der Mehrheit sehen. Vom Ausgang dieses weltanschaulichen Wertekonflikts zwischen europäisch-säkularen und kollektiv-religiösen Werten wird die Zukunft Europas abhängen. Selbst Muslim und Migrant, liegt es mir fern, zu polarisieren; als integrierter Wissenschaftler verschweige ich nicht das Konfliktpotenzial. Was ich will, ist zur Versachlichung beitragen.

Eine tickende Bombe
Ich werde im Folgenden in drei Stufen verfahren:
>erstens das Sachproblem und das Konfliktpotenzial mithilfe von zwei international anerkannten Wissenschaftlern festhalten;
>zweitens die Kontroversen, wie Muslime integriert werden könnten, zwischen mir und zwei bekannten Denkern (Jürgen Habermas und Tariq Ramadan) beschreiben;
>und drittens die Ansichten von drei Autoritäten mit hybriden Biografien erläutern.

Auf der ersten Stufe kreist das Sachproblem um die massive Zuwanderung aus der Welt des Islam nach Europa, die – nach den im November 2017 veröffentlichten PEW-Statistiken und -Prognosen – ein beängstigendes Ausmass annimmt. In meinem Buch «Islamische Geschichte» integriere ich die Ausführungen über die Zeitgeschichte in ein Kapitel über Hidjra-Völkerwanderungen im klassisch-islamischen Sinne. Parallel zu dieser Entwicklung verlieren die Europäer mit einer Mentalität des kulturellrelativistischen «anything goes» jede Werteorientierung und somit die Fähigkeit, zugewanderte Fremde zu integrieren.

Ich möchte kommentarlos zwei Sachautoritäten hierüber zitieren. Der New Yorker politische Denker John Breckman schreibt in seinem Buch «The Cultural Contradiction of Democracy», die zugewanderten Millionen Muslime seien nicht nur jung, sondern auch «schlecht in die Gesellschaft integriert», mit der Konklusion, sie seien «anfällig für Radikalisierung».

Meine zweite Sachautorität ist Francis Fukuyama. In seiner im *Journal of Democracy* veröffentlichten «Lipset Lecture» schreibt er: «Europas Versagen, die Muslime besser zu integrieren, ist eine tickende Bombe.» Das Resultat seien «Terrorismus und Gewalt».

Aus beiden zitierten Stellungnahmen geht hervor, dass islamische Zuwanderung Probleme und Konflikte, keine Bereicherung mit sich bringt. Deutsche Politiker, deren Land um 2050 (nach der PEW-Statistik) rund 20 Prozent Muslime in seiner Bevölkerung haben wird, hat nichts anderes zu bieten als dumme Sprüche wie «Der Islam gehört zu Deutschland» oder das Gegenteil «Der Islam gehört nicht zu Deutschland».

Wenig Ahnung vom Islam

Nun gehe ich zur zweiten Stufe und leite sie mit der zentralen Frage ein, wie Muslime integriert werden könnten, eben weil Integration den Schlüssel zur Problemlösung bietet. Hierüber stritt ich mit zwei bekannten Autoren unterschiedlichen Kalibers, mit denen ich absolut nicht übereinstimme. Jürgen Habermas war mein akademischer Lehrer in den 1960er-Jahren in Frankfurt; er und sein Mitte der 1980er-Jahre erschienen Buch «Der philosophische Diskurs der Moderne» waren meine Vorbilder. Nach dem 11. September 2001 machte Habermas in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels «Glaube und Wissen» eine 180 Grad-Wende. Er gibt die Säkularität auf und spricht positiv von «postsäkularer Entwicklung». Unter dem Deckmantel «Verständnis für den Islam» kapituliert er vor islamischen Ansprüchen.

Später legte er eine Schippe drauf, als er gegen mein Integrationskonzept der Leitkultur polemisierte und für Minderheitsrechte auf Kosten des von ihm früher vertretenen Subjektivitätsprinzips eintrat, wonach Menschen Individuen sind. Offen gesagt, Habermas hat wenig Ahnung vom Islam, und ihm fehlt das Wissen, um den islamischen Anspruch auf die Scharia als religiöses Recht zu durchschauen. Seitdem distanziere ich mich von ihm.

Der zweite Autor ist von weit geringerem Kaliber: Tariq Ramadan. Er ist der Enkel von Hassan al-Banna, dem Begründer der ersten islamistischen Bewegung (Muslimbruderschaft). Ramadan gilt als Islamist, der den Lehren seines Grossvater treu ergeben ist, und hat es geschafft, mit Finanzierung von Katar einen Lehrstuhl für Islamstudien an der Oxford University zu bekommen. Seit Beginn 2018 befindet er sich in einem Pariser Gefängnis in Untersuchungshaft. Ihm wird von mehreren Frauen vorgeworfen, sie vergewaltigt und Gewalt gegen sie ausgeübt zu haben.

Meinen Begriff von Euro-Islam, den ich 1992 in Paris in meinem Papier «Les Conditions d'un Euro-Islam» geprägt habe, verwendet Ramadan verfälschend. Er versteht unter europäischem Islam eine islamische Präsenz in Europa auf islamischer Grundlage, wohingegen ich unter Euro-Islam Muslime als Europäer anvisiere, die zwischen Religion und Politik unterscheiden und sich als Citoyen mit entsprechender Werteorientierung begreifen.

Ich trete für individuelle Menschenrechte, Ramadan dagegen für kollektive

Minderheitsrechte für muslimische Zuwanderer ein. Ramadan versteht unter einem europäischen Islam eine islamische Präsenz in Enklaven in einem islamisch definierten Europa: Er nennt dies Dar al-Schahada. Im islamischen Glauben ist Schahada eine Unterwerfung gegenüber Allah und seinen Propheten. Dar al-Schahada ist ein anderer arabischer Begriff für Europa als ein Teil von Dar al-Islam (Haus des Islam). Ramadan wird von europäischen islamophilen Gesinnungsethikern als tolerant und reformistisch wahrgenommen, weil er Europa nicht mehr als Dar al-Kuffar (Haus der Ungläubigen) oder Dar al-harb (Haus des Kriegs), sondern friedlich als Dar al-Schahada begreift.

Der britisch-israelische Historiker Ephraim Karsch nennt die Erweiterung des Territoriums des Islam «islamischen Imperialismus». Genau das tut Ramadan durch eine unausgesprochene Ambition auf Islamisierung. Der libanesisch-islamwissenschaftler Ralph Ghadban schrieb darüber das Buch «Ramadan und die Islamisierung Europas». Die andere Vision für den Islam in Europa stammt von mir und tritt ein für Europa und gegen Islamisierung. In dem Policy-Paper von Paris wollte ich zugewanderte Muslime als Citoyen, das heisst als individuelle, laizistisch definierte Bürger, nicht als trojanisches Pferd der Islamisierung mittels Minderheitsrechten bestimmen.

Nun gehe ich zur angekündigten dritten Stufe über, auf der ich zum Abschluss kurz und knapp auf Monika Maron, Armin Nassehi und Zafer Senocak eingehe. Ich fange an mit einer Nicht-Muslima, die sich darüber beschwert, dass die Islam-Funktionäre es in Deutschland geschafft haben, die Bevölkerung in Kollektive, also in Muslime und Nicht-Muslime zu unterteilen. Monika Maron ist selbst Migrantin mit jüdisch-polnischen Wurzeln und lehnt es ab, «die Gesellschaft in Religionsgemeinschaften aufzuteilen und das auch noch als Beweis für unsere aufgeklärte und tolerante Gesinnung [...] unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit» zu präsentieren. Sie setzt sich mit der bisherigen SPD-Staatsministerin Aydan Özguc auseinander, die unterstellt, die Deutschen hätten ausser der Sprache keine Kultur und betont energisch, «wenn wir unsere Kultur und unsere Säkularität behalten wollen, müssen wir sie endlich verteidigen».

Religiös induzierte Unfähigkeit

Die nächsten zwei Autoren sind muslimischer Herkunft, zunächst Armin Nassehi mit iranischen Wurzeln, der die Bestimmung der Muslime als durch die Religion definiertes Kollektiv ablehnt. «Die durch starke ethnische Segregation, dem westlichen Leben nicht gerade entgegenkommende Weltbilder» würden, so schreibt er, «eine religiös induzierte Unfähigkeit, sich mit westlicher Lebens- und Denkungsart auseinanderzusetzen», nur verstärken. Aber die islamische Diaspora definiert sich eben so. Nassehi fordert deshalb, dass aufgeklärte Muslime versuchen, «die kulturelle Hegemonie über das zu gewinnen, was der Islam in Deutschland und Europa auch heisst». Nicht nur Islamisten, auch der deutsche Staat verhindert dies, weil er liberale Muslime ausgrenzt.

Mein letzter Gewährsmann ist Zafer Senocak mit türkischen Wurzeln. Er beklagt die Unfähigkeit des Islam und der Muslime, «im multikulturellen Umfeld zu existieren [...], der Islam taugt nur noch zum Monolog, zur Tirade». Besonders heftig attackiert Senocak den Vorwurf der Islamophobie als eine der «grossen und tragischen Fehlanalysen unserer Zeit».

Selbst ein liberaler Euro-Muslim möchte zu diesen wortkräftigen Aussagen, die ich völlig teile, die jedoch von linksgrünen Ideologen verfermt werden, nichts hinzufügen. Sie sind stark genug; von ihrem Erfolg oder Scheitern wird die Zukunft Europas abhängen.

Bassam Tibi, geboren in Damaskus, ist emeritierter Professor für Internationale Beziehungen in Göttingen. Er schreibt für die *Basler Zeitung* regelmässig über den Islam, die arabische Welt und Integrationsfragen.